

KURZ UND AKTUELL

- ⇒ „Klemm-Gutachten“ und die Folgen
- ⇒ Digitalisate—Land stoppt Schnüffel-Software
- ⇒ Expertenkommission zur Zukunft der BBS geplant
- ⇒ Neuordnung der Büroberufe wohl erst ab 2014

dbb rheinland pfalz freut sich über 6,4 Prozent Tariferhöhung - Beamte müssen 1:1 gleich behandelt werden— Beamte schon jetzt von der Einkommensentwicklung abgehängt—Ein-Prozent-Diktat der Besoldungserhöhung— benachteiligt die Beamten massiv

Das Verhandlungsergebnis für die Beschäftigten beim Bund und den Kommunen ist ein tragfähiger Kompromiss. Den Beamten des Landes dagegen wurde eine Mini-Besoldungserhöhung von einem Prozent diktiert. Daher fordert der **dbb rheinland-pfalz** die Landesregierung auf, dieser Ungerechtigkeit ein Ende zu setzen. Dazu sagt die dbb-Landesvorsitzende Lilli Lenz: „Wir fordern eine Übertragung des Tarifergebnisses auf die Besoldung der Beamten und Versorgungsempfänger, und zwar zeit- und inhaltsgleich. Alles andere wäre eine weitere Ungerechtigkeit zum Nachteil der Beamten, zu deren Lasten die zahlreichen Sparmaßnahmen der Landesregierung gehen. Die Weichen müssen neu gestellt werden, wenn der öffentliche Dienst am Arbeitsmarkt bestehen will und die Beamten des Landes und der Kommunen überhaupt noch eine Zukunftsperspektive haben sollen. Wer von der allgemeinen Einkommensentwicklung abgehängt ist, der steht im Abseits.“ Bleibt es bei der eklatanten Diskriminierung der Beamten wird der dbb gerichtlich prüfen lassen, ob die Beamtenbesoldung überhaupt noch dem Alimentationsprinzip entspricht.

Hintergrund:

Gewerkschaften und Arbeitgeber hatten sich in der dritten Verhandlungsrunde in Potsdam auf tabellenwirksame Einkommenssteigerungen von insgesamt 6,4 Prozent bei einer Laufzeit von 24 Monaten geeinigt. Für die Beamten des Landes Rheinland-Pfalz gibt es nur eine jeweils einprozentige Besoldungsanpassung für 2012 bis 2016.

INHALT

- ⇒ **Besoldungserhöhung für das Land übernehmen!**
- ⇒ **Klemm-Gutachten zum Lehrbedarf in RLP**
- ⇒ **Neuordnung der Büroberufe**
- ⇒ **Aus den Ortsverbänden und Bezirken**
- ⇒ **Neue Staatssekretäre m MBWWK**

Verlängerung der Lebensarbeitszeit für verbeamtete Lehrkräfte

Nun ist sie also raus, die Katze aus dem Sack. Bei der Verkündung der Ergebnisse des „Klemm-Gutachtens“ hat Ministerin Doris Ahnen bekannt gegeben, dass noch in dieser Legislaturperiode die Anhebung des Eintrittsalters in den Ruhestand beschlossen werden soll. Bislang werden verbeamtete Lehrkräfte



zum Ende des Schuljahres in den Ruhestand geschickt, in dem sie ihr 64. Lebensjahr vollendet haben. Zukünftig sollen, nach der Vorstellung von Frau Ahnen, Lehrkräfte ein Jahr länger arbeiten, d.h. bis zum Ende des Schuljahres, in dem sie ihr 65. Lebensjahr vollenden. Vergleicht man dies mit der Regelung „Rente mit 67“, so ist das bisher vergleichsweise günstig. Ohnehin würden die Beamten in Rheinland-Pfalz im bundesweiten Vergleich gut dastehen. Klar war, dass die bisherige Regelung spätestens mit Einführung der Rente mit 67 fallen würde. Nun geht es darum, möglichst schnell Antworten auf die offenen Fragen zu geben:

1. **Welcher Jahrgang wird als erster betroffen sein?** Im Bereich der Rentenbezieher ist es der Jahrgang 1958, der erstmals ein komplettes Jahr länger arbeiten muss. Eine Belastung älterer Jahrgänge wäre somit eine Benachteiligung.
2. **Welche Auswirkungen gibt es auf die Altersermäßigung?** Der **vlw** fordert, dass die Altersermäßigung ab dem 63. Lebensjahr in Höhe von drei Wochenstunden erhalten bleibt. Die Tatsache, dass die allgemeine Lebenserwartung gestiegen ist, bedeutet nicht, dass unser Beruf weniger anstrengend geworden ist. Das Gegenteil ist der Fall.
3. **Was passiert mit der Altersteilzeit?** Unsere Kolleginnen und Kollegen wollen verlässlich planen können und brauchen deshalb verbindliche Vereinbarungen. Wer bereits einen Altersteilzeitvertrag abgeschlossen hat, muss sich auf dessen Gültigkeit verlassen können.

Die Menge der offenen Fragen zeigt die Dringlichkeit der Thematik. Hier deshalb unsere Aufforderung an die Ministerin: „Frau Ahnen, entscheiden Sie frühzeitig, damit sich die Menschen darauf einstellen können. Niemand möchte kurz vor dem ersehnten Ruhestand erfahren, dass er ein Jahr länger arbeiten muss“.

Karl-Heinz Fuß

„Klemm-Gutachten“ zum Lehrkräftebedarf in Rheinland-Pfalz bis 2016/2017 vom Ministerium veröffentlicht

Professor Dr. Klaus Klemm erhielt vom MBWWK den Auftrag, „...die Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz unter Berücksichtigung der demographischen Entwicklung, der schulstrukturellen Veränderungen sowie der bereits eingeleiteten und der angekündigten Verbesserungen der Ausstattung der Schulen mit Lehrkräften zu untersuchen und darzustellen“. Diese Untersuchung wurde auf der Basis von Datenmaterial des Ministeriums erstellt und gliedert sich in sechs Abschnitte:

1. Entwicklung der Schulbevölkerung (Anteil der 6– bis unter 19jährigen);
2. Entwicklung der Schülerzahlen;
3. Entwicklung des Lehrkräftebedarfs bei konstanter Lehrkräfte-Schüler-Relation;
4. Lehrkräftebedarf in Folge angekündigter Verbesserungen in der Ausstattung mit Lehrkräften;
5. Einstellungsbedarf in den nächsten Jahren
6. Beschreibung des Einstellungsbedarfs für die allgemeinbildenden Schulen und die Förderschulen.

Die wichtigsten Zahlen für den BBS-Bereich:

Prognostizierte Zahl der Schülerinnen und Schüler

Schuljahr	BBS/Vollzeit	BBS/Teilzeit	BBS/gesamt
2011/12	42.476	84.618	127.094
2016/17	39.700	78.200	118.000
2020/21	34.200	65.300	99.500

Von der Landesregierung angekündigte „Bedarfsänderungen“ und ihre Auswirkungen auf den Lehrkräftebedarf: (akkumulierte Werte)

Schuljahr	Verbesserung der Unterrichtsversorgung	Schulleitungs-pauschale	Weiterentwicklung BF	Änderung Vorberereitungsdienst („VD 18“)	Ausbau der FOS	Bedarf insgesamt (VZLE)
2012/13	50	0	10		13	5.409
2013/14	100	10	20	-16	26	5.444
2014/15	157	10	30	-33	39	5.439
2015/16	157	10	40	-33	52	5.418
2016/17	157	10	50	-33	65	5.285

Eingerechnete Auswirkungen aus der Koalitionsvereinbarung für den BBS-Bereich:

- Für die vorgesehene Halbierung des Unterrichtsausfalls in den berufsbildenden Schulen werden 157 Stellen zusätzlich eingeplant.
- Für die „Verbesserung der Durchlässigkeit zu höheren Abschlüssen“ (Zitat) werden für die Errichtung von weiteren Fachoberschulen an den Realschulen plus 65 Stellen eingeplant.
- Um die Berufsfachschulen an den Berufsbildenden Schulen weiterzuentwickeln, werden zusätzlich 50 Stellen eingeplant.
- Zur Verbesserung der Schulleitungsanrechnung an der BBS sind insgesamt 10 Stellen (240 Stunden) vorgesehen.

Lehramtsspezifisch sind die **generellen Einstellungschancen** für die BBS als günstig einzuschätzen; es ergibt sich im 5-Jahreszeitraum eine **Einsparung von insgesamt 1.850 Stellen** über alle Schularten hinweg; weitere Effekte sind durch die **Verlängerung der Lebensarbeitszeit** zu erwarten, d.h.. durch eine Erhöhung des Pensionsalters.

Das vollständige Gutachten zur Entwicklung des Lehrkräftebedarfs in Rheinland-Pfalz findet sich im Internet unter:

www.unterrichtsversorgung.rlp.de im Lexikon unter dem Stichwort „Lehrerbedarf“.

Klemm-Gutachten – Defizite offensichtlich, Politik reagiert halbherzig

Eine neue Studie, basierend auf den alten Zahlen, und die Landesregierung nutzt die Veröffentlichung zur Verkündung neuer Großtaten: Der Unterrichtsausfall an den berufsbildenden Schulen des Landes soll halbiert werden. Dieses bescheidene Ziel - (Verringerung des strukturellen Unterrichtsausfalls auf immerhin noch über drei Prozent! - wird nicht etwa durch verstärkte Einstellungsbemühungen junger Lehrkräfte erreicht, sondern lediglich durch die Gnade der Demografie, sprich nachlassende Schülerzahlen, und durch die Verlängerung der Lebensarbeitszeit der Lehrkräfte. Qualitative Verbesserungen lassen sich da an wenigen Fingern abzählen, so etwa im Bereich der Berufsfachschule und der Schulleitungspauschale. Wirksame Schritte, den Unterrichtsausfall an den BBS endlich zu beseitigen, sind der Landesregierung nicht eingefallen. Immerhin wurde die Einrichtung einer „Expertenkommission“ angekündigt, in der unter Beteiligung der Verbände Vorschläge für die zukünftige Gestaltung des Systems der berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz entwickelt werden sollen. Die Vorstellungen des **vlw** liegen seit langem auf dem Tisch, so etwa die Attraktivitätssteigerung des Arbeitsplatzes BBS, qualitative Verbesserungen im Bereich der BF und der HBF, anständige Besoldungserhöhungen für die Lehrkräfte, Reform der „3/6-Pauschale“. Man muss nicht viel Phantasie haben, um zu sehen, dass nicht viele dieser seit Jahren bekannten Forderungen erfüllt werden, allein schon angesichts der „Schuldenbremse“ im Landeshaushalt, deren (berechtigter) Existenz die Beschäftigten des Landes ausbaden sollen.
Michael Lutz

Informationsveranstaltung zur Altersteilzeit

An der BBS WI in Ludwigshafen fand am 1. März eine Informationsveranstaltung des **vlw**-Bezirks Pfalz zur Altersteilzeit statt. Der Landesvorsitzende **Karl-Heinz Fuß** und der Bezirksvorsitzende **Andreas Seehaus** begrüßten die insgesamt 18 Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Veranstaltung. Die Referentin Frau **Karin Kunert**, im **vlw** zuständig für „Recht und Besoldung“, erläuterte die grundsätzlichen Bestimmungen und Regelungen zur Altersteilzeit. Der mit konkreten Berechnungsbeispielen versehene Vortrag wurde von den Kolleginnen und Kollegen als äußerst informativ wahrgenommen. Unterstützung erhielt Frau Kunert von Herrn **Gernot Kormann**, dem früheren Bezirksvorsitzenden des Bezirks Koblenz und langjährigen Bezirkspersonalratsmitglied. Gemeinsam konnten Karin Kunert und Gernot Kormann die z. T. sehr speziellen Fragen rund um die Altersteilzeit sachkundig und umfassend beantworten. Mit einem Blumen- bzw. Weinpräsent bedankte sich Andreas Seehaus bei den Referenten für deren aufwändige Vorbereitungen und für die freundliche und professionelle Durchführung der Veranstaltung.
Andreas Seehaus

Diese Veranstaltung soll auch im Bezirksverband Koblenz angeboten werden, und zwar am 14. Juni um 16:00 Uhr an der BBS Wirtschaft in Koblenz.

Ortsverband Kirn tagt im Whiskymuseum auf der Kyrburg

Kirn, 03.05.2012. Einen informativen wie genussreichen Abend erleben die Kirner **vlw**-Mitglieder auf Einladung des Ortsvorsitzenden, **Björn Jacobs**, auf der Kirner Kyrburg. Kennern guten Single Malts ist das Kirner Whiskymuseum und Restaurant längst ein Begriff. Burgherr **Horst Kroll** führt die Kollegen in den Gewölbekeller der Kyrburg, wo sich ein Museum mit über 3 500 Whiskys aus aller Welt befindet. Bei einem Willkommens-Longdrink oder Single Malt berichtet der Hausherr über die Historie der Burg, das Museum, alles Wissenswerte über Whiskytastings und beantwortet voller Begeisterung die Fragen der interessierten Anwesenden.

In diesem ansprechendem Ambiente des Gewölbekellers tagt der Ortsverband zum ersten, aber mit Sicherheit nicht zum letzten Mal. Björn Jacobs heißt gleich zwei Neumitglieder Willkommen. Referendar und Mentor treten gemeinsam dem **vlw** bei. **Daniel Kuhn**, der seit November 2011 an der BBS Kirn sein Referendariat absolviert, sowie sein Mentor **Eberhard Bender** erhalten in feierlichem Rahmen das **vlw**-Begrüßungspräsent, die allseits geschätzte Gesetzensammlung mit Rechts- und Verwaltungsvorschriften für berufsbildende Schulen in Rheinland-Pfalz.

Besonders erfreulich für den kleinen Ortsverband ist der Besuch unserer **vlw**-Vertreter aus BPR und HPR. So erhalten die Kirner Kollegen aktuelle Informationen aus erster Hand. Der Bezirksvorsitzende, **Kurt Flöck**, gibt einen Überblick über die anstehenden Verbandsveranstaltungen im Bezirk Koblenz. Der persönliche Kontakt zu dem BPR-Vertreter erleichtert den **vlw**-Mitgliedern den künftigen Austausch bei anfallenden dienst-

rechtlichen Fragen. Der Landesvorsitzende, **Karl-Heinz Fuß**, berichtet über Aktuelles aus der Bildungspolitik und dem HPR. In kleiner Runde diskutieren die Kollegen mit den Fachleuten über Fragen zur Altersteilzeit und Beamtenversorgung, aber auch über die Zukunft des berufsbildenden Schulwesens sowie insbesondere der BBS Kirn. Der Schulleiter der BBS Kirn, **Heinz Andreas**, empfindet den Besuch aus Landes- und Bezirksvorstand als besondere Wertschätzung des etwas abseits liegenden Nahestädtchens Kirn. Die Kombination aus Informationen, gustatorischen Leckereien und Geselligkeit findet bei den 11 Teilnehmern aus Orts-, Bezirks- und Landesverband großen Anklang. Dieser Abend ist der Auftakt für den Ortsverband Kirn, künftig wieder aktiver an der BBS Kirn aufzutreten.
Björn Jacobs



v.l.n.r. Björn Jacobs, Wolfgang Fischer, Kurt Flöck, Christine Reinhard, Heinz Andreas, Eberhard Bender, Dirk Mettler

Neuordnung der Büroberufe - ab 2014?

Aus den drei „Büroberufen“ „Kaufleute für Bürokommunikation“, „Bürokaufmann/-kauffrau“ und „Fachangestellte(r) für Bürokommunikation“ soll der Ausbildungsberuf „Kaufmann/Kauffrau für Büromanagement“ werden; die Ausbildungsdauer wird drei Jahre betragen, es soll ein Monoberuf mit Wahlqualifikationen sein, bei dem die „gestreckte Abschlussprüfung“ erprobt werden soll. Für den Erwerb der „berufsprofilgebenden Qualifikationen“ sind insgesamt 26 Monate der Ausbildungszeit vorgesehen, es verbleiben für zwei Wahlqualifikationen jeweils fünf Monate der Ausbildungszeit. Als nächstes wird sich der BIBB-Hauptausschuss im Dezember 2012 mit der Neuordnung beschäftigen, danach soll die Veröffentlichung von Ausbildungsordnung und Rahmenlehrplan erfolgen. Der ursprünglich geplante Einführungstermin zum Schuljahr 2013/14 wird nicht mehr für realistisch gehalten. **Jochen Bödeker**, im **vlw**-Bundesvorstand für den Bereich der Bildungspolitik verantwortlich, formuliert in seinem lesenswerten Aufsatz in „**Wirtschaft und Erziehung**“ 1-2/2012, S.19ff. folgende Fragestellungen an die Reform:

- Wird mit der neuen Ausbildungsstruktur sichergestellt, dass die jungen Menschen „richtig“ für ihre berufliche und persönliche Zukunft qualifiziert werden?
- Ermöglicht die Ausbildung genügend Flexibilität, um der Heterogenität der Ausbildungsbetriebe zu entsprechen?
- Wird die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung den Erfordernissen gerecht?

Mit der vorgesehenen Neuordnung werden die Ausbildungsinhalte, insbesondere die Geschäfts- und Arbeitsprozessorientierung, an die der anderen kaufmännischen Berufe angepasst. **Welche Konsequenzen ergeben sich daraus für die berufsbildenden Schulen in Rheinland-Pfalz?** Zualtererst ist zu wünschen, dass die Kolleginnen und Kollegen im Reformprozess „mitgenommen“ werden; es sollte Zeit genug bleiben, um von Beginn an mit erarbeiteten Arbeitsplänen und abgestimmten Lehrbüchern unterrichten zu können. Auch sollten weiterhin Qualifikationen im Bereich Textverarbeitung und Anwendungssoftware erworben werden können, welche für eine Beschäftigung der jungen Menschen im Bürobereich von elementarer Bedeutung sind. Dies ermöglicht auch die sinnvolle Weiterbeschäftigung von Lehrkräften des Bereichs Bürowirtschaft und Textverarbeitung. Für unsere Schulen wird von erheblichem Interesse sein, ob alle Wahlqualifikationen (sprich: Ausbildungsabschlüsse im Bürobereich) an einer Schule erworben werden können; eine interessante Frage vor dem Hintergrund sinkender Schülerzahlen und Schulstrukturdiskussionen auch im BBS-Bereich.

Der **vlw** wird die laufende Entwicklung kritisch begleiten und seine Forderungen für eine sinnvolle Reform formulieren und einbringen.

Neue Zuständigkeiten im MBWWK

Im März 2012 wurde **Hans Beckmann** zum Staatssekretär im MBWWK, zuständig für den Schulbereich, ernannt. Er verfügt über Erfahrungen im berufsbildenden Schulwesen: Nach dem Abitur und dem Studium (Anglistik, Politikwissenschaft) absolvierte er seinen Vorbereitungsdienst an der BBS Wirtschaft II in Ludwigshafen. Seit 1992 war er in der ADD in der Außenstelle der Schulaufsicht in Neustadt tätig, deren Leitung er 2005 übernahm. Im Februar 2011 wechselte er als Abteilungsleiter für den Bereich Realschulen an das Ministerium. Der **vlw**-Landesvorstand freut sich auf die Zusammenarbeit mit einem Staatssekretär, der das berufliche Schulwesen kennt und wünscht viel Erfolg im neuen Amt.



Ebenfalls im Mai 2012 wechselte Staatssekretärin **Vera Reiß** in die Funktion der Amtschefin des Bildungsministeriums. Somit ist sie künftig für Wissenschaft und Weiterbildung zuständig. Die Stelle war durch die Wahl von **Michael Ebling** zum Oberbürgermeister der Stadt Mainz freigeworden. Frau Reiß war seit 2007 die für den Schulbereich zuständige Staatssekretärin und für den **vlw** eine stets gesprächsbereite und kompetente Ansprechpartnerin. Auch ihr wünscht der **vlw**-Landesvorstand Erfolg in ihrer neuen Funktion und hofft auf die Fortsetzung der vertrauensvollen Zusammenarbeit.



Verantwortlich: **Karl-Heinz Fuß**, Landesvorsitzender
Geschäftsstelle: Beethovenstr. 2a, 67292 Kirchheimbolanden
www.vlw-rlp.de
Redaktion: **Michael Lutz**, Hofgartenstr. 4c
 Münster-Sarmsheim, Tel. 06721-9629372
Michael.Lutz@vlw-rlp.de
michaellutz2@gmx.net

